

XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER SIEBZEHNTEN SITZUNG
DES KONVENTS DER 33

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA DICIASSETTESIMA RIUNIONE
DELLA CONVENZIONE DEI 33

vom 17.02.2017

del 17/02/2017

Präsident

Dr. Christian Tschurtschenthaler

Presidente

Ore 18.12 Uhr

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wünsche allen zusammen einen schönen guten Abend. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Für die heutige Sitzung haben sich Claudio Corrarati, Maria Hochgruber Kuenzer, Christoph Perathoner, Ewald Rottensteiner, Heinold Rottensteiner, Alexandra Silvestri und Maurizio Vezzali entschuldigt.

Heute hat es ein Arbeitstreffen von unseren zwei, drei Juristinnen und Juristen gegeben, die damit begonnen haben, am Kompetenzpapier zu arbeiten. Es wird dann ein weiteres Treffen am nächsten Freitag geben. Dieses Dokument wird uns dann in der Sitzung vom März zur Verfügung gestellt werden.

Florian von Ach, bitte.

VON ACH Florian: Wir haben heute ein Dokument von den Gewerkschaften zugesandt bekommen, zu dem ich kurz Stellung nehmen möchte.

Zunächst einmal kurz zum Formalen. Ich finde das zwar schon zulässig aus der Sicht der Einbringer, aber auf alle Fälle in der Sache völlig daneben, denn genau diese Gewerkschaften als die Südtiroler Gewerkschaften firmieren. Das sind keine Südtiroler Gewerkschaften, sondern Südtiroler Zweitniederlassungen von italienischen Gewerkschaften. Sieht man den Inhalt des Schreibens an, dann wird auch ganz klar, warum die Südtiroler Gewerkschaft, und zwar jene, die für uns deutsche und ladinische Südtiroler die wichtigste ist, nämlich der ASGB dort nicht unterschrieben hat.

Zum Inhalt. Wenn man da schaut, zunächst einmal die Forderung nach der gemischten Schule, so wird das sicher ein frommer Wunsch bleiben. Das genannte Beispiel von der Universität Bozen, und dafür kann man diesen drei italienischen Gewerkschaften sogar noch dankbar sein, ist genau ein Negativbeispiel für dieses Modell, betrachtet man den durch Statistiken vielfach belegten Rückgang, und zwar dauernden Rückgang von deutschen Lehrveranstaltungen an der Uni Bozen zugunsten des Italienischen.

Zur Arbeitssicherheit, die hier drinnen festgehalten wurde. Offensichtlich haben diese drei italienischen Gewerkschaften etwas missverstanden. Es geht nämlich nicht um die Weiterentwicklung und noch zusätzliche Überbürokratisierung dieses Bereichs, der ohnehin schon alles lähmt und wofür halb Europa Italien belächelt, sondern um den Ausschluss dieser Normen für Südtirol, um hier ein autonomes eigenes Arbeitssicherheitsrecht zu erarbeiten, das sich nach den erfolgreichen und völlig ausreichenden nach europäischen Standards ausgerichteten deutschen und österreichischen Vorbildern orientiert.

Sozialvorsorge. Auch hier liest man aus diesem Schreiben, dass dies naturgemäß auf dem gesamten Staatsgebiet dasselbe sein sollte, welcher Ausdruck typisch zentralstaatlichen Denkens. Nichts ist naturgemäß gleich von Südtirol bis Palermo.

Kollektivverträge. Auch hier scheint die Botschaft nicht angekommen zu sein. Es geht hier nicht um irgendeine Weiterentwicklung, sondern um den Ausschluss der Geltung gesamtstaatlicher Kollektivverträge in Südtirol, um zwischen den Sozialpartnern vor Ort für unsere Heimat die Kollektivverträge zu erarbeiten, die unserer Heimat und ihren Bedürfnissen am besten Rechnung tragen.

Asylrecht. Genau dasselbe. Es ist nicht naturgemäß. Zuständigkeiten können jederzeit geändert werden. Dasselbe für die Steuerhoheit.

Insgesamt ist dieses Dokument ein bedauerlicher Ausdruck zentralistischer Haltung. Ich persönlich kann dazu nur abschließend sagen: Gelesen, gelacht, gelocht.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Tony Tschenett, bitte.

TSCHENETT Tony: Überrascht hat mich dieses Dokument nicht, das muss ich auch sagen. Wenn man die anderen Kollegen kennt, dann weiß man effektiv, wie die Einstellung ist.

Ich nehme zu zwei Punkten Stellung. Ich glaube, was die Arbeitssicherheit bzw. die Kollektivverträge betrifft, Dello Sbarba hat es erwähnt, man sollte ein gemeinsames Dokument unter vier Gewerkschaften zusammenbringen, habe ich damals schon gesagt, dass dies unmöglich ist. Man sieht es auch in diesem Dokument. Ich bin dabei, ein gemeinsames Ding mit der Wirtschaft zu schreiben, genau zu diesen zwei Punkten bzw. auch was die Sozialvorsorge betrifft.

Punkt 1: Rentenfonds, Gesundheitsfonds, Welfare. Das sind drei Punkte. Diese sind in den nationalen Kollektivverträgen drinnen. Ich habe es satt von den nationalen, von diesen drei, immer davon zu reden, wir wollen etwas Autonomes, wir wollen einen Gesundheitsfonds auf lokaler Ebene. Dann kommt es zur Unterschrift und auf einmal ziehen sie sich zurück, weil sie von Rom nicht das Okay bekommen haben. Und unsere Betriebe zahlen weiterhin für die Arbeitnehmer in Rom ein. Und das kann es nicht sein.

Rentenfonds. Wir haben erst kürzlich den Kollektivvertrag für die Energiewerke unterzeichnet. Dieser ist unterzeichnet worden. Auch hier ist wieder ein Betrag drinnen, nämlich 10 Euro gehen an den nationalen Fonds. Jetzt sage ich genau diesen drei Folgendes: Die Trientner Gewerkschaften haben mehr Courage, denn diese sind dabei mit uns als ASGB ein Abkommen zu unterzeichnen, dass das Geld da bleibt. Aber die

drei Kollegen, die auf lokaler Ebene arbeiten, nicht. Deswegen sieht man auch da ... Noch einmal, Betriebe zahlen ein, die Arbeiter haben nichts davon.

Arbeitssicherheit. Ich glaube, das ist ein Punkt, wo ich heute als ASGB sage, schauen wir ins Ausland, um zu sehen, wie es dort funktioniert. Auch dort funktioniert die Arbeitssicherheit. Es gibt eine EU-Richtlinie und im Endeffekt haben wir eigentlich schon, glaube ich, den Konsens gefunden, dass wir sagen, Bestimmungen von der EU sollten in Südtirol die primäre Kompetenz praktisch erhalten, dass wir hier unser Gesetz machen können. Arbeitssicherheit ist das beste Beispiel. Deswegen erübrigt sich für mich auch die Stellungnahme von ihnen. Wenn wir heute von der INPS und von den Abfederungsmaßnahmen reden, dann kann man uns, glaube ich, nicht immer mit Palermo vergleichen dahingehend, wie es dort ist. Wenn bei uns kleine oder größere Betriebe in Schwierigkeiten sind, tun wir mit den Abfederungsmaßnahmen gut daran, unsere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auszuzahlen und wenn es mehr ist, dann ist es effektiv mehr. Das ist, glaube ich, aufgrund von unserer Autonomie möglich. Deswegen sind wir beim Überarbeiten des Autonomiestatus und wollen, dass die INPS zum Land kommt. Ich habe eigentlich den Eindruck gehabt, dass es das letzte Mal einen Konsens gegeben hat. Deswegen wundert mich eigentlich schon diese Stellungnahme, wobei ich noch einmal sage, die Überarbeitung des Autonomiestatuts heißt für mich, dass auch die Südtiroler Wirtschaft, die Betriebe mehr Autonomie bekommen, aber vor allem die Arbeiterschaft.

Wenn ich dieses Dokument anschau, dann habe ich einen kompletten Stillstand, weil die ganzen Punkte immer wieder national, national, national sind.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Riccardo Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA Riccardo: Io sono un po' stupito di come è cominciata questa discussione. Non ritengo che un organismo possa funzionare senza che ci sia un ordine del giorno e senza che si discuta degli argomenti all'ordine del giorno. Non ritengo che un organismo possa funzionare se ognuno si tira fuori dalla pancia le rabbie che ha verso questo o quel documento che può essere arrivato e che fa parte della documentazione che arriva. Chiedo alla presidenza di dirci se discutiamo nel merito di questo documento, perché anch'io avrei qualcosa da dire, ma se i punti sollevati da quel documento non sono all'ordine del giorno non credo che dobbiamo fare una discussione di merito.

Per quanto riguarda il metodo, ricordo che noi siamo qui per discutere una riforma dello Statuto in un processo partecipativo che ha coinvolto in tutta la prima fase, noi siamo il risultato di quella prima fase, centinaia di persone, in forum aperti ecc. e abbiamo detto e ripetuto che qualsiasi soggetto ritenga di

sottoporci delle proposte è benvenuto. Anzi, io lamento sempre il fatto che questo succede poco, quindi a prescindere dal merito dei documenti, perché ne possono arrivare 100 su cui io non sono d'accordo neanche su una parola, ma il fatto che la Convenzione sia oggetto di interesse mi sembra che ci dia valore. Non credo che si possa avere un atteggiamento così stalinista da censurare chi prova a dirci qualcosa. Poi nel merito, ripeto, si può essere d'accordo o meno, ma ogni contributo dimostra che siamo interlocutori della società.

Infine vorrei ricordare, con tutto il rispetto dei sindacati di varia natura, con tutto il rispetto del sindacato che rappresenta Tony Tschenett, che esistono anche gli altri tre sindacati e hanno migliaia di iscritti in Sudtirolo, di lingua italiana, tedesca e ladina. Quindi credo che verso organizzazioni che hanno migliaia di iscritti bisognerebbe avere rispetto. Ripeto, si può non essere d'accordo ma non capisco tutta questa aggressività verso due paginette che ci sono state inviate e che ciascuno può condividere o no.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Riccardo, es sind nur zwei Seiten, das stimmt, aber es kann auch eine Seite oder eine halbe Seite genug sein mit einem Inhalt. Viele Dokumente sind verteilt worden und Florian von Ach hat sich zu Wort gemeldet. Ich habe ja nicht gewusst, um was es geht.

DELLO SBARBA Riccardo: *(interrompe)*

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das geht schon gut. Wir haben das letzte Mal den Inhalt besprochen. Ich denke, es wird der Grund gewesen sein, weil wir eine andere Ausrichtung eingeschlagen haben wie es jetzt von den Gewerkschaften in diesem Papier grundsätzlich dargelegt worden ist. Ich denke, der Konvent der 33 redet über den Ausbau der Autonomie. Es sind viele Punkte aufgezeigt worden, gerade in der Diskussion vom letzten Mal, wo es gerade um die Erweiterung der Kompetenzen gegangen ist. Es ist noch nicht abgeschlossen, also mir ist es nicht bekannt. Wir haben uns heute noch ungefähr eine Stunde Zeit genommen. Weil es mir gerade nicht um Zensur geht. Es soll jeder, und ich denke, wenn ein Dokument hinausgeschickt worden ist, und es ist der Wunsch von ... Ich werde es nicht in die Länge ziehen, das ist klar. Aber es ist, denke ich, das Recht von den Mitgliedern des Konvents, kurz dazu Stellung zu nehmen.

Zuerst gebe ich das Wort Wolfgang Niederhofer, danach Walter Eccli, Laura Senesi und Florian von Ach. Dann möchte ich bitte das Thema abschließen.

NIEDERHOFER Wolfgang: Dann möchte ich mich auch sehr kurz zu diesem Dokument äußern. Ich war heute Nachmittag, als das Dokument hereinkam, über den nationalstaatlichen Geist doch einigermaßen überrascht, der hier wiedergegeben wird, aber vielleicht weiß man deshalb, wessen Geistes Kind eben da dahintersteckt.

Ich möchte zwei Punkte herausnehmen, und zwar einmal den Punkt der Einheitlichkeit auf dem gesamten Staatsgebiet. Ich weiß, dass ich mich hier wiederhole. Ich habe das schon einige Male unterstrichen. Das sind genau diejenigen Akteure, die sonst immer von Brücke zwischen Nord und Süd, vom europäischen Geist, von Mehrsprachigkeit, von Offenheit sprechen und danach muss man sich Dinge wie Einheitlichkeit auf dem gesamten Staatsgebiet anhören. Warum nicht Einheitlichkeit mit Dänemark, wenn Dänemark in einem bestimmten Teilbereich ein positives Beispiel darstellt? Warum nicht Einheitlichkeit mit Frankreich, vielleicht in der Familienpolitik, wo es dort sehr positive Ansätze gibt? Nein, immer dieses nationalstaatliche Denken, Einheitlichkeit auf dem gesamten Staatsgebiet. Damit entwickeln wir uns in Südtirol nicht weiter.

Der zweite Punkt, den ich ganz kurz ansprechen möchte, ist folgender. In diesem Dokument steht: *"Die Forderung nach Vollautonomie im Bereich der Steuer- und Haushaltspolitik ist naturgemäß nicht umsetzbar."* Was heißt denn "naturgemäß"? Reden wir hier über Naturgesetze? Wollen wir die niutischen? Gesetze oder Einstein in Frage setzen? Okay, in der Naturwissenschaft gilt jede Theorie so lange, bis sie nicht widerlegt ist. Da sind die Naturwissenschaftler sehr pragmatisch. Aber was heißt hier "nicht umsetzbar"? Rechte sind nichts anderes wie politisch erfolgreiche Forderungen. Das ist der rechtliche Aspekt. Aber viel wichtiger ist, was für die gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Südtirols wünschenswert ist. Das muss im Endeffekt der zentrale Kern unserer Diskussionen sein. Ich möchte hier nur sagen, dass beispielweise mittlerweile schon von der UNO Unterstützung für den katalanischen Unabhängigkeitsprozess signalisiert wird. Deswegen im rechtlichen Bereich, was dort naturgemäß umsetzbar ist oder nicht, ist keine politische Kategorie.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Walter Eccli, bitte.

ECCLI Walter: Il documento è arrivato a ognuno di noi, se mi arriva una lettera penso di avere il diritto di rispondere e dire che ci sono due o tre punti che non condivido. Ne ho trovati anch'io alcuni che non condivido. Inizio dalle politiche in merito alle politiche relative all'immigrazione, dove si conclude: "Anche per questa fattispecie riteniamo puro esercizio accademico la discussione". È un pochino offensivo questo, è

come se noi stiamo qui a discutere per fare un po' di accademia ecc. Già nel passato c'è stato un consigliere provinciale che è venuto qui a parlare e ci ha detto non solo che facciamo accademia ma che andiamo anche a trattare argomenti da codice penale. Io non accetto questo taglio, che mi vengono a dire che facciamo puro esercizio accademico. E poi non mi sembra neanche che sia il caso di parlare. Quando dice: "previdenza sociale", sarà ben un tema che possiamo affrontare, se poi apprendiamo dai giornali che in questi giorni ci sono dei problemi enormi in termini di conti in rosso dell'Inps ecc. Se non ci preoccupassimo di queste cose, allora sì faremmo accademia. Sono dell'idea che sia giusto parlare di queste cose, se arriva una lettera da parte di sindacati, che quindi contano, penso sia nostro diritto rispondere.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Laura Senesi, bitte.

SENESI Laura: Non pensavo di sollevare una grande problematica! Siccome ne abbiamo parlato e si era detto di sentire la voce di chi, visto che i quattro sindacati rappresentano 110 mila persone, i tre sindacati confederali dell'Alto Adige ne rappresentano da soli 90 mila, forse qualcosa possono dirla e quindi trovarmi con gli altri tre sindacati, io della UIL e gli altri due sindacati e parlare, dopo aver letto i verbali ecc. su questi temi forse qualcosa possono dire anche i sindacati. Poi si può essere d'accordo o meno, ma questa è la voce dei tre sindacati dell'Alto Adige.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Florian von Ach, bitte.

VON ACH Florian: Ich möchte kurz dem Kollegen Dello Sbarba antworten. Ist es nicht positiv, wenn eine Zuschrift kommt und sie gleich kommentiert wird? Das würde ich doch eigentlich als positiven Aspekt herausheben. Du hattest dich doch selbst einmal beklagt, denn du hast uns etwas geschickt und keiner hat sich dazu gemeldet. Siehst du, man gelobt Besserung und man macht es besser. Kommt was, dann wird es kommentiert. Das ist doch schön, denn das ist ein Zeichen von Engagement. Das als stalinistisch zu bezeichnen, halte ich für einen Stilabfall, der dir meinerseits nachgesehen sei, aber vielleicht in Zukunft eher vermieden werden sollte.

Zum Inhalt. Natürlich können sich die Gewerkschaften melden. Sie können dann aber auch damit rechnen, dass entsprechend Gegenmeinungen geäußert werden, wenn die Tatsachen, die sie behaupten und die Forderung, die sie aufstellen, aus meiner Sicht, nicht unterstützenswert sind, und zwar nicht im Mindesten unterstützenswert sind.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Olfa Sassi, bitte.

SASSI Olfa: Vorrei dire che sono d'accordo sul documento, non è una lettera, ma un documento approvato da tre sindacati sul nostro territorio altoatesino che non rappresentano loro stessi ma lavoratori iscritti. Questa categoria di lavoratori lavora per il nostro territorio, quindi se non ci preoccupiamo per i loro problemi, stiamo commettendo un grande sbaglio. Ovvio che ci sono delle idee, come quelle del collega Tony Tschenett, vengono ascoltate anche se non sono concordi, però io sono sempre favorevole al dialogo. Quindi quando uno contesta un documento così condiviso dovrebbe, come minimo, dare un'alternativa su cui poter discutere e la cosa positiva la prendiamo per tutti. Tutto questo è per il bene comune di tutti.

Per quanto riguarda il documento proposto dal dott. Toniatti, credo sia un ottimo documento da studiare. Mi è piaciuto l'articolo 163 sulla sicurezza privata sul lavoro. Io vengo da un'esperienza appena fatta di un incidente sul lavoro, bisogna confrontarci e trovare delle sistemazioni nuove sul nostro territorio.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Roberto Toniatti, bitte.

TONIATTI Roberto: Volevo solo far notare che si è ospiti di un'accademia, e quindi do per scontato che quando si dice "discussione accademica" si intende discussione accademica in senso deteriore, così come esistono attività politiche in senso deteriore, attività sindacale in senso deteriore si può fare accademia di alto profilo. Qui se di accademia si tratta, mi piace pensare che si tratti di accademia di alto profilo.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Andreas Widmann, bitte.

WIDMANN Andreas: Ich halte es, erstens, natürlich für legitim, dass man auf diese Stellungnahme antwortet, würde aber jetzt selber die abschließende Diskussion zurückstellen, und zwar auf den Moment, wo wir uns das Dokument zu den Kompetenzen, das die Juristengruppe in einer auch technisch angemessenen Form aufbereiten wird, ... Ich gehe davon aus, das war auch der Konsens, dass die Kompetenzen so definiert werden, dass sie auch hinsichtlich ihrer Funktionalität, also ihres Funktionierens in Zusammenarbeit mit dem Staat und mit anderen Rechtsordnungen, die uns Grenzen setzen, auch so formuliert werden. Vielleicht wird dann auch viel Luft aus dieser Diskussion herausgenommen.

Andererseits ganz kurz inhaltlich. Ich glaube schon, dass aus der Stellungnahme wieder dieses Grundproblem, und zwar zwei Sichtweisen auf unsere Realität, auf unser Land und auf unsere Autonomie, ... Da teile ich schon die Definition, wie sie auch Wolfgang gemacht hat. Es geht nicht so sehr abstrakt um die Uniformität auf dem ganzen Staatsgebiet, sondern um die Lösungen, die bei uns angemessen funktionieren. Diese sollten wir suchen und uns darauf konzentrieren, diese zu finden. Was derzeit in Artikel 117 Buchstaben a), b), c) usw. steht, ist nicht wirklich eine Grenze, weil wir davon sprechen, einen Kompetenzkatalog so zu formulieren, dass er auch in den Verfassungsrang hineingeschrieben wird, also genau darüber sprechen wir ja hier. Im Übrigen, zum Inhaltlichen würde ich dann die Diskussion auf das Abschlussdokument verschieben.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Riccardo Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA Riccardo: Cercando di ragionare con più calma, mi pare che nessuno abbia messo in discussione che chiunque, soprattutto dei sindacati, possano inviarci delle relazioni e nessuno mette in discussione che possano avere una risposta da ciascuno di noi, ovviamente, e quindi possano avere anche una risposta di dissenso come è stata data da alcuni qui. Credo però che visto che siamo di fronte ad organizzazioni rappresentative di migliaia di iscritti, forse ci hanno mandato questo documento che ci ha scaldato i cuori in un certo senso, potrebbe essere utile, visto che è scritto nella legge che possiamo fare delle audizioni, invitarli una mezz'ora quando sarà il momento, magari quando ci sarà la riflessione più articolata, magari mandandola loro, perché in questo momento è un intervento su un dibattito ma non su un documento già cristallizzato. Quindi proporrei di fare una breve audizione con questi tre sindacati, perché ci spieghino il senso di questo documento nel momento in cui si ritiene più opportuno. Non chiedo di farla la prossima volta, però avere un momento di incontro, perché questi non sono semplici cittadini, ma rappresentano la gente.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das ist richtig.

Tony Tschenett, bitte.

TSCHENETT Tony: Ich lehne diesen Vorschlag ab, denn es sind zwei Vertreter von den Gewerkschaften hier effektiv. Sonst müssen wir Experten von der Wirtschaft, von den Verbänden, vom Alpenverein, vom Dachverband usw. hereinholen. Dann wird das, glaube ich, bis Mai nicht reichen. Deswegen finde ich den Vorschlag nicht in Ordnung und lehne ihn ab.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Janah Maria Andreis, bitte.

ANDREIS Janah Maria: Danke! Ich teile die Meinung von Tony Tschenett. Ich glaube, es gibt zwei Vertreter der Gewerkschaften, die schon hier sitzen. Wenn wir jetzt anfangen ... Sie haben auch nicht gefragt, ob sie eingeladen werden können. Sonst müssen wir wirklich auch Vertreter von verschiedenen Vereinen usw. einladen. Ich teile die Meinung von Tony Tschenett.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich möchte das jetzt abschließen.

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Zur Tagesordnung, zum Fortgang der Arbeiten. Ich glaube, jede Organisation und auch jeder Private hat das Recht, uns einen Brief zu schreiben und seine Vorstellungen vorzubringen. Wenn diese Gewerkschaften der Meinung sind, dass wir das und jenes nicht in ihrem Sinne behandelt hätten oder dass wir dies oder jenes behandeln sollen, dann haben sie das Recht, uns, und zwar jedem einzelnen Mitglied, das mitzuteilen. Aber sie haben kein Recht, dass wir jetzt über ihre Dokumente diskutieren. Jeder Einzelne und jede Einzelne hat diesen Brief bekommen und kann sich diesen Inhalt zu eigen machen und kann dann als Mitglied dieses Gremiums diese Forderungen bringen, aber nicht, dass wir jetzt über jedes einzelne Dokument, das wir bekommen, eine offizielle Diskussion führen. Dann werden wir überhaupt nicht mehr fertig. Dann kommen zwanzig verschiedene Briefe und wir müssen über jeden einzelnen Brief eine Diskussion eröffnen. Ich bin der Meinung, alle Mitglieder dieses Konvents haben diesen Brief bekommen. Jeder Einzelne kann sich mit diesen Vorstellungen identifizieren oder auch nicht, kann sich diese zu eigen machen und in diesem Gremium vorbringen. Dann werden wir schauen, ob diese Forderung des einzelnen Mitgliedes hier eingebaut wird oder nicht. Ich würde es ablehnen, dass wir über jedes einzelne Dokument diskutieren. Ich bin auch der Meinung, dass sie das Recht haben, dies vorzubringen, aber sie haben kein Recht, dass wir jetzt darüber diskutieren.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das wollen wir als Schlusswort zu diesem Thema stehen lassen.

Claudio Corrarati, bitte.

CORRARATI Claudio: Scusate il ritardo.

Credo che sia un tema più di metodo che di merito, nel senso che effettivamente non si può negare a nessuno di scrivere. Dobbiamo capire quanto e come dobbiamo analizzare questi documenti, e come queste tipologie di intervento debbano essere filtrate dai rappresentanti che stanno al tavolo. Cioè con delibera provinciale due rappresentanti dei sindacati e due dell'economia rappresentano il mondo del lavoro, se sono libere tutte le associazioni singole, sia sindacali che dei lavoratori che dei datori di lavoro di inviare delle interpretazioni o giudizi, è chiaro che è corretto e libero, però dobbiamo capire se diventa una porta aperta o se deve essere filtrata dai rappresentanti che per delibera sono stati nominati a questo tavolo.

Il documento dei tre sindacati è rispettabilissimo, è chiaro però che dobbiamo cercare di trovare una forma, perché ci sono al tavolo due associazioni datoriali che e rappresentano 11, è da capire se noi abbiamo il compito di filtrare e portare dei documenti e illustrarli oppure lasciare entrare liberamente ogni associazione che ha intenzione di dire la propria su questo tema, altrimenti si crea un effetto domino molto importante.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke! Es ist richtig, dass jeder frei ist, uns Dokumente zu schicken. Jeder von uns wird dann seine Bewertung machen. Ich halte auch nichts davon, dass wir jetzt eine Anhörung machen. Wir haben, wie es Claudio Corrarati aufgezeigt hat, Vertreter von den verschiedensten Bereichen hier. Wer entsprechend seine Vertreter in diesem Konvent der 33 hat, der soll das Papier an seine Vertreter weitergeben und er wird dann Sprachrohr bei passender Gelegenheit sein.

Was den ersten Tagesordnungspunkt anbelangt, gebe ich das Wort an Laura weiter.

POLONIOLI Laura: L'ordine del giorno prevede una parte iniziale di discussione sulla tutela dell'autonomia rispetto ai giudizi di costituzionalità che era quella parte che ancora ci mancava per completare il tema dello sviluppo dell'autonomia, quindi tutela dell'autonomia rispetto ai giudizi di costituzionalità rispetto ai conflitti Stato e provincia. Su questo tema c'era stato un ampio consenso all'interno dei gruppi di lavoro, sul fatto che c'è la necessità di migliorare la tutela dell'autonomia rispetto ai conflitti Stato-Provincia. Non si era raggiunto il consenso su come questo può essere possibile.

All'interno della discussione una parte sarà dedicata al ruolo delle norme di attuazione e delle commissioni paritetiche. La seconda parte della discussione verrà dedicata invece al documento sull'Europa che verrà sottoposto alla discussione, elaborato dagli esperti, quindi arriveremo a dare il nostro consenso o meno al documento, a definire cioè questo documento sull'Europa.

Possiamo dare la parola a chi vuole introdurre l'argomento. Riccardo Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA Riccardo: Si discutono tutti e due punti contemporaneamente, quello dei conflitti e come prevenirli e quello delle commissioni?

POLONIOLI Laura: Sì.

DELLO SBARBA Riccardo: Va bene. A me sta più a cuore il problema del modo di lavorare delle commissioni paritetiche dei sei e dei dodici, il tema della trasparenza e il tema del rapporto tra le commissioni paritetiche e i Consigli provinciali.

Ricordo che questo punto riguarda l'art. 107 dello Statuto e mi pare che in molte proposte che ho visto già nella loro formulazione abbastanza avanzata tutti noi riconosciamo che delle commissioni paritetiche non si può fare a meno anche se, attenzione, il pacchetto alla Misura 137 prevedeva la cessazione del lavoro delle commissioni paritetiche dei sei e dei dodici e l'istituzione di una commissione, che si chiamava Commissione 137, per il normale adeguamento dello Statuto. Mi pare che tutti siamo d'accordo sul fatto che le commissioni paritetiche in fondo sono uno strumento agile, efficace nei rapporti fra Bolzano e Roma, però hanno cambiato la loro funzione nel momento in cui il Pacchetto è stato realizzato. Non c'è più una misura del Pacchetto che va attuata, e le commissioni paritetiche sono nate per emanare norme di attuazione in attuazione del Pacchetto. In questo momento ma da tempo le commissioni paritetiche producono nuove norme dell'autonomia, cioè si fa più nuovo Statuto quasi nel lavoro delle commissioni paritetiche che non nel cambiamento della riforma dello Statuto di autonomia per adesso almeno. Il problema che sollevo riguarda il metodo di lavoro delle commissioni paritetiche.

Le commissioni paritetiche, ricordo, sono elette dagli organi legislativi. Una persona viene eletta dal Consiglio regionale, due persone dal Consiglio provinciale di Bolzano, lo stesso per Trento. Per esempio noi abbiamo adesso Steger eletto dal Consiglio regionale, Zeller e Bizzo eletti dal Consiglio provinciale di Bolzano, dopodiché il Consiglio provinciale di Bolzano non sa più nulla ufficialmente dei lavori della commissione paritetica. Noi non riceviamo neanche l'ordine del giorno dei lavori della commissione paritetica, possiamo invitare per audizioni ma non sappiamo quando e come vengono discussi i vari temi e soprattutto quando è il momento di far sentire il parere per esempio del Consiglio provinciale quando è il momento utile, che sarebbe un attimo prima che la commissione decidesse sulla norma di attuazione. Credo che se vogliamo addirittura crescere la funzione della commissione paritetica come mi pare che per esempio ci sia in una delle proposte che dice che lì potrebbe essere il luogo dove si fa il confronto con il Governo per

evitare conflitti, quindi se le commissioni paritetiche non solo restano con la loro funzione ma devono addirittura assumere maggiore potere, credo che bisogna immettere un momento di trasparenza e di confronto pubblico nel lavoro delle commissioni paritetiche. Questo non continuamente, però nel momento in cui una norma di attuazione è matura, farebbe bene alle commissioni paritetiche un confronto con il Consiglio provinciale, non perché il Consiglio provinciale debba approvare la norma di attuazione ma almeno sentire, confrontarsi, e sentire i pareri dei consiglieri/consigliere provinciali che in fondo sono quelli che hanno eletto i membri delle commissioni paritetiche. Il problema è che l'elezione avviene a maggioranza del Consiglio provinciale per cui i membri delle commissioni paritetiche appartengono ai partiti di maggioranza quindi tutte le bozze delle norme di attuazione ma anche gli ordini del giorno in realtà nei partiti di maggioranza girano. Spesso devo rivolgermi o a qualcuno del Partito Democratico o a qualcuno della Volkspartei per sapere cosa discutono, perché loro hanno i loro membri. Quindi da organi che sono eletti dai legislativi diventano sostanzialmente organi degli esecutivi, cioè organi della maggioranza politica che rappresentano lì non il Consiglio, eppure sono eletti dal Consiglio, ma rappresentano in maniera funzionale la maggioranza politica e la Giunta provinciale.

La mia proposta è che si approvi una modifica dello Statuto di autonomia simile a quello che ha la val d'Aosta, che nell'art. 48-bis del suo statuto dice: *“Gli schemi dei decreti legislativi, cioè le norme di attuazione, sono elaborati in una commissione paritetica composta da 6 membri nominati rispettivamente tre dal Governo e tre dal Consiglio regionale della val d'Aosta e le norme di attuazione sono sottoposte al parere del Consiglio stesso.”* È un parere, ma almeno mettere su canali di trasparenza e formali un rapporto fra quel che succede a Roma nelle commissioni paritetiche e il Consiglio provinciale, perché il rapporto c'è già ma riguarda le segreterie dei partiti di maggioranza, perché poi il circuito si chiude lì mentre questi rappresentanti li abbiamo nominati noi come Consiglio provinciale.

Tra i documenti su cui lavora la Consulta di Trento, su questa questione della partecipazione delle Province autonome al procedimento di formazione degli atti statali del prof. Cosulich, ho visto che anche lì è stato proposto, ed è la loro base di discussione, questo passaggio nei Consigli provinciali delle norme di attuazione come momento di trasparenza e di rafforzamento del rapporto tra commissioni paritetiche e organi legislativi dell'autonomia.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Florian von Ach, bitte.

VON ACH Florian: Mir ist entschieden der erste Punkt wichtiger, aber nur ganz kurz, weil Riccardo das angesprochen hat. Transparenz ist in meinen Augen sicher immer sehr wichtig. Bei den 6er und 12er Kommissionen wäre es, meines Erachtens, jetzt nicht der Hauptaspekt, auf den wir uns konzentrieren sollten. Diese sollten effektiv arbeiten, sollten gut arbeiten im Sinne unserer Heimat. Deswegen ehrlich gesagt, ich meine lobenswert. Ich sehe aber hier nur Transparenz zum einen schwierig, zum anderen auch nicht ungefährlich. Wenn man zum Beispiel diese endlose Diskussion über die Toponomastik betrachtet, dann wurde hier doch größere Transparenz walten gelassen und das Ergebnis ist, dass es wahrscheinlich gar kein Ergebnis geben wird. Auch mit einem Gutachten des Landtages bin ich, ehrlich gesagt, eher skeptisch, freue mich aber, wenn sich vielleicht Experten unter uns wie zum Beispiel der Altlandeshauptmann oder auch andere aktive Politiker unter uns zu Wort melden, was sie davon halten.

Was mir aber viel wichtiger ist, ist die Absicherung des Autonomiestatuts vor Eingriffen des Zentralstaates. Ich finde, man sollte einen Landesverfassungsgerichtshof anstreben, und zwar vergleichbar mit den deutschen Bundesländern, der, wie es jetzt schon das Verwaltungsgericht Bozen ist, paritätisch besetzt wird zwischen Mitgliedern, die von Rom benannt werden und Mitgliedern, die vom Land Südtirol benannt werden. Diese entscheiden dann letztinstanzlich und alleine, ob eine Zuständigkeit eingehalten, verletzt wurde oder ob es Kompetenzüberschreitungen gab. Das wäre mir wichtig und in diesem Bereich anzustreben.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Laura Polonioli, bitte.

POLONIOLI Laura: Sulla proposta di una Corte Costituzionale a Bolzano penso che sia difficilmente realizzabile in concreto, dato il principio dell'unità della giurisdizione costituzionale. Io avrei una proposta per quanto riguarda questa problematica del conflitto tra Stato e Provincia rispetto ai giudizi di legittimità costituzionale che è quella di introdurre un meccanismo di conciliazione negoziale delle controversie tra Stato e Provincia, questo per due motivi principalmente. Per me è un valore quello di prevenire le controversie e non di risolverle a posteriori quando il giudizio è già instaurato e penso anche che sia importante valorizzare un momento di negoziazione tra Stato e Provincia attraverso accordi bilaterali, questo perché nella realtà oggi cosa succede spesso? La legge provinciale o statale viene impugnata rispettivamente dallo Stato e dalla Provincia, si avvia il processo innanzi alla Corte Costituzionale, poi in seno alle commissioni paritetiche si avviano le trattative per addivenire al licenziamento di una norma di attuazione. Tutto questo per me si può fare prima prevedendo un termine ad esempio di sei mesi sul

modello della norma di attuazione 266, entro il quale è obbligatorio avviare una procedura di conciliazione in seno alle commissioni paritetiche e prima dell'impugnazione della legge davanti alla Corte Costituzionale. Solo decorso il termine, se non si raggiunge un'intesa, è possibile impugnare la legge davanti alla Corte Costituzionale, mentre se si raggiunge un'intesa, ci sarà una norma di attuazione. A questo meccanismo unirei altre previsioni.

Avrei pensato di proporre l'istituzione di un organo avente una funzione consultiva che sia imparziale, che sia garante della tenuta delle leggi provinciali davanti alla Corte costituzionale. Questo sul modello degli organi di garanzia statutaria che sono previsti nelle regioni ordinarie e sempre perché tengo molto alla necessità di prevenire i giudizi dinnanzi alla Corte costituzionale. Tutto questo però deve passare attraverso una modifica della procedura dell'emanazione delle norme di attuazione, perché ritengo anch'io che la procedura debba essere resa più trasparente e democratica se attribuiamo alle norme di attuazione questa funzione diversa rispetto a quella prevista nello Statuto che è appunto una funzione che ha una valenza di integrazione dello Statuto, che ha una valenza più legislativa. Se penso ad esempio al documento sull'Europa che condivido, però nel documento si può leggere che la disciplina in realtà è demandata alle norme di attuazione con una valenza legislativa di fatto. E anche le norme di attuazione che vengono licenziate adesso in seno alle commissioni paritetiche hanno una valenza che è legislativa.

Io appoggio la proposta di prevedere un collegamento rafforzato con il Consiglio provinciale, quindi il passaggio di un previo parere del Consiglio provinciale sullo schema di decreto legislativo che recepisce la norma di attuazione. Per questo ritengo che, se leggiamo l'art. 107 che disciplina le norme di attuazione e le commissioni paritetiche, anche questo andrebbe modificato, perché non corrisponde più alla realtà. Se noi lo leggiamo, dice: "Con decreti legislativi saranno emanate le norme di attuazione del presente Statuto, sentita una commissione paritetica". Significa letteralmente che la commissione paritetica ha una funzione consultiva, secondo lo Statuto. Attualmente le norme di attuazione costituiscono delle intese tra Stato e Provincia, che vengono poi recepite con decreto legislativo. Per assicurarci questa prassi sarebbe interessante pensare a una revisione in questo senso dello Statuto, proposta questa peraltro fatta nel documento che citava prima Riccardo Dello Sbarba, dal prof. Cosulich in seno alla Consulta ultima, proprio perché la norma di attuazione non ha solo quella funzione ma la funzione di integrare lo Statuto, così come risulta dal documento che ci è stato trasmesso sull'Europa.

Ultima previsione sarebbe quella di proporre, per la revisione dello Statuto, la famosa "previa intesa" che era prevista nell'art. 39 comma 13 del disegno di legge di riforma costituzionale che poi è stato bocciato,

però sarebbe utile pensare di inserire questa proposta per quanto riguarda la previsione della revisione dello Statuto.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Zunächst glaube ich, dass es gut wäre, all das, was wir in der letzten Zeit behandelt haben, als Dokument bekommen würden. Wahrscheinlich könnten dann gewisse Doppelgleisigkeiten - wenn wir jetzt wieder sagen, dass noch dieses und jenes zusätzlich zu den neuen Kompetenzen dazukommen sollte - vermieden werden. Als wir die einzelnen Forderungen gestellt haben, wurde eine ganze Menge vorgebracht, nämlich dass das, was rechts war, links hinüber kommen soll als neue Forderung usw. Deswegen wäre es ganz schön, wenn wir, bevor wir das beschließen, diesen Text bekämen, damit wir uns dann vorbereiten können. Dann würde der Text, was die neuen Forderungen anbelangt, auch stimmen.

Nun aber zurück zu den neuen Forderungen von den paritätischen Kommissionen! Wenn wir von den Kommissionen reden, dann würde ich auch vorschlagen, dass wir wenigstens etwas zur 137er Kommission sagen müssen, denn die 137er Kommission ist total ausgehöhlt worden. Die 137er Kommission hätte im Sinne der Erfinder die Aufgabe, die paritätischen Kommissionen damit zu befassen, wenn bei der praktischen Anwendung Schwierigkeiten bestehen oder aufgrund von Abänderungen oder Interpretationen irgendwelche Kompetenzen geschmälert werden. In Wirklichkeit ist die 137er Kommission einfach ausgeschaltet worden, weil Initiativen von der paritätischen Kommission, von der 6er Kommission oder von der 12er Kommission, ausgegangen sind. Deswegen werden wir schon etwas dazu sagen müssen, ob wir die 137er Kommission total abschaffen oder sie mit neuen Aufgaben irgendwie betrauen wollen, weil sie heute überhaupt nichts mehr zu sagen hat. Ich bin die längste Zeit Mitglied in der 137er Kommission gewesen, aber ich bin ganz am Anfang nur einmal oder zweimal einberufen worden, damit man sich das Gesicht merkt, aber sonst nie mehr, weil die politischen Parteien oder die 6er und 12er Kommission Initiativen ergriffen haben. Die 137er Kommission ist nicht mehr einberufen worden. Deswegen wäre es schon gut, wenn wir irgendetwas dazu sagen, sie also entweder abschaffen oder aufwerten. Die 137er Kommission sollte eine Tagesordnung oder Forderungen erstellen, dass dieses und jenes behandelt werden muss, weil in Wirklichkeit die Kommission selber die Tagesordnung zusammenstellt. Es ist das Land, das bei der Regierung interveniert und dann heißt es: "Das werden wir in die 6er oder 12er Kommission bringen." An und für sich stimmt das mit dem Statut nicht mehr ganz überein. Aber trotzdem sollten wir sagen, was wir mit

der 137er Kommission machen wollen. Die Landtage von Trient und von Bozen ernennen die Vertreter für die einzelnen Volksgruppen für die 6er und 12er Kommission und ein Teil wird vom Regionalrat festgelegt. Deswegen wäre es konsequenter, wenn wir zuerst einmal sagen würden, was wir mit der Region machen. Wenn wir der Meinung sind, dass die Region abzuschaffen ist, dann ist es widersprüchlich, so wie auch die gegenwärtige Regierung widersprüchlich in diesem Zusammenhang ist. Einerseits sagt man: "Selbstverständlich ist die Regierung abzuschaffen", aber andererseits wertet man sie wieder auf. Bevor wir entscheiden, ob die Region weiterhin Vertreter in die 6er oder 12er Kommission schickt, müssen wir wissen, ob wir überhaupt noch die Region wollen oder nicht. Wenn wir sie abschaffen, brauchen wir nicht zu sagen: "Sie hat die Aufgabe, weitere Vertreter namhaft zu machen." Wir müssen also zuerst das eine behandeln, bevor wir das andere machen. Ich bin dagegen, dass man die Ergebnisse oder die vorbereitenden Arbeiten der 6er und 12er Kommission - unabhängig davon, wie sie zusammengesetzt sind - in den Landtag bringt, weil dann könnten die staatlichen Vertreter ja auch verlangen, dass sie vorher befragt werden müssen, je nachdem, ob ein Staatsgesetz oder die Regierung notwendig ist. Ich sage euch von vorne herein: Das ist immer eine delikate Angelegenheit. Ich bin schon immer dagegen gewesen, dass das in der Phase der Entwicklung in die Zeitung kommt, denn dann hören wir schon die ganzen Proteste usw. Dann geht es bereits ums Politikum und nicht nur um die Sache selber. Hier sollen ja konkrete Probleme oder Fragen der Zuständigkeiten usw. behandelt werden. Wenn wir jetzt den Landtag wieder damit befassen, wenn die Region und der Regionalrat bleiben sollten und wenn ich in der Regierung sage: "Ich muss natürlich auch entweder das Parlament oder die Regierung - je nach Zuständigkeit - fragen", dann brauchen wir keine 6er und 12er Kommission mehr. Ich kann euch voraussagen, dass dann überhaupt nichts mehr weitergeht. Deswegen sollten wir diese Kommissionen so belassen, wie sie sind, und das Verhältnis der 137er, 6er und 12er Kommission klären. Ich bin mit Frau Polonioli einverstanden, wenn Sie sagt, dass wir vorsehen sollten - das haben wir ja schon x- auch gefordert und das ist meiner Meinung nach auch sinnvoll -, eine Art Schiedsgericht bei Streitigkeiten oder bei Unklarheiten zwischen Land und Regierung einzuführen. Bevor die Regierung heute hergeht und ein Gesetz an den Verfassungsgerichtshof weiterleitet, sollte versucht werden, in einer eventuell neu zu gründenden paritätischen Kommission - wie man diese zusammensetzt, soll dann festgelegt werden - den Versuch eines Kompromisses bzw. einer Lösung zu unternehmen. Ich habe das als Landeshauptmann x-mal in der Regierung unten vorgeschlagen, worauf man mir immer geantwortet hat: "Ja, wir werden Sie in Zukunft jedes Mal, wenn irgendein Gesetz angefochten wird, einladen, entweder in den Ministerrat oder wir werden Sie vorher informieren, damit erklärt werden kann, warum, wie und was sie gemacht haben usw." Nichts ist gemacht worden! Deswegen wäre ich schon der Meinung, dass es sinnvoll

wäre, wenn man so eine Art Schiedsrichtereinrichtung schaffen würde, weil man auf diese Art und Weise vielleicht viele unnütze, teure Prozesse vermeiden könnte. Wir haben ja in letzter Zeit trotz der Umarmung von Renzi festgestellt, dass jetzt wieder die Maschinerie anfängt, Gesetze irgendwie zu anzufechten. Deswegen würde ich eine derartige Forderung als sinnvoll betrachten.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wolfgang Niederhofer, bitte.

NIEDERHOFER Wolfgang: Ich möchte den Vorschlag des Landesverfassungsgerichtshofes nochmals unterstreichen. Wir mögen mit diesem Vorschlag sehr wohl der Zeit vorausseilen, aber ich denke, dass wir hier im Konvent der 33 auch zusammensitzen, um sehr innovative, sehr avantgardistische Vorschläge anzudenken und auszuarbeiten. Letztendlich, wenn wir über Absicherung der Autonomie, über Grenzen der Autonomie, über Schutz der Autonomie sprechen, geht es immer um die Schnittstelle "Zentralstaat-Land Südtirol". Gut. Wie wollen wir, dass diese Schnittstelle austariert ist? Eine Schnittstelle der Hierarchie oder Zentralstaat eben, der das letzte Wort hat, oder eine Schnittstelle auf Augenhöhe der Gleichberechtigung? Häufig wurde hier in diesem Gremium auch ein wenig als Gegenargument zu Gedanken einer Eigenstaatlichkeit der Begriff der inneren Selbstbestimmung erwähnt. Es ist auch eine Frage: Was verstehen wir unter innerer Selbstbestimmung, dass man einige Dinge zwar ein bisschen zaghaft machen kann, aber letztendlich entscheidet der Zentralstaat oder ist das Verhältnis auf Augenhöhe? In diesem Sinne meinerseits ein Plädoyer an dieses Gremium, dass wir in irgendeiner Art und Weise diesen Vorschlag eines Landesverfassungsgerichtshofes - auch wenn es heute die zentralstaatliche Ordnung nicht vorsieht - in Rom unterbreiten.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Renate von Guggenberg, bitte.

VON GUGGENBERG Renate: Der Altlandeshauptmann hat mir schon um einiges vorgegriffen. Was die Durchführungsbestimmungen angeht, möchte ich darauf hinweisen, dass das eigentlich der Ausdruck des Verhandlungsgrundsatzes ist. Im Rahmen eines Verhandlungsgrundsatzes die ganze Funktionsweise dieser Kommissionen im Statut selber festzuschreiben, ist meines Erachtens nicht der richtige Platz und sollte auch nicht gemacht werden, weil es der Ausdruck des Verhandlungsgrundsatzes ist. Wenn man es machen möchte, ist die Rechtsgrundlage meines Erachtens nur eine Durchführungsbestimmung und nie das Autonomiestatut. Der Verhandlungsgrundsatz ist Ausdruck der Exekutiven. Da muss man sich auch vor

Augen halten, dass es eben die Trennung in der Gesetzgebung zwischen der Exekutive und der Gerichtsbarkeit gibt. Daher als Legislative einzuschalten, ist meines Erachtens nicht richtig, weil man dann effektiv auch das Parlament einschalten müsste. Ich glaube, dass wir dann von Durchführungsbestimmungen überhaupt nicht mehr reden brauchen, schon allein aus zeitlichen Gründen.

Es wird immer angesprochen, dass der Staat viele unserer Gesetze anfecht, dass wir sozusagen - wie Laura vorschlägt - diese eigene Behörde, die die Kontrolle der Landesgesetze macht, einrichten sollen, um diese Anfechtungen zu vermeiden. Man darf nicht vergessen, dass soundsoviel Staatsgesetze auch vom Land angefochten werden, und ich glaube nicht, dass sich ein Staatsgesetzgeber einer solchen Behörde unterordnen würde. Deswegen ist das unseres Erachtens eine Utopie. Es ist nicht mehr ganz richtig, dass uns die Regierung nicht vorher sozusagen die Mängel an der Landesgesetzgebung bekannt gibt. Das hat sich geändert, hängt aber auch sehr vom Wohlwollen oder nicht Wohlwollen der momentanen Regierung ab. Da ist es wahnsinnig schwierig abzuschätzen. Es ist heute so: Wir bekommen rechtzeitig die Meldungen, wenn es Bedenken zu Landesgesetzen gibt. Wir haben die Möglichkeit, dazu Stellung zu beziehen. Ob sie dann in Betracht gezogen wird oder nicht, ist dann wieder ein anderes Kapitel. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Ich habe gar nichts gegen den Landtag, aber ich glaube, dass er das ganze System der Durchführungsbestimmungen komplett aus dem Gleichgewicht bringt. Der Landtag ist eine politische Ebene, eine exekutive Ebene. In dem Moment, in dem etwas im Landtag landet, wird es natürlich auch in der Öffentlichkeit breitgetreten. Dann erreicht man nicht mehr das, was man eigentlich erreichen will.

POLONIOLI Laura: Sulla procedura di conciliazione volevo solo aggiungere che è veramente problematico lo stato attuale dei processi che si fermano per anni, non sempre ma a volte, in attesa di una sentenza della Corte Costituzionale che non arriva perché magari il processo è sospeso e perché nel frattempo magari le commissioni paritetiche si stanno mettendo d'accordo sulla norma di attuazione. Quindi a volte passano veramente anni con pregiudizio per gli interessi dei cittadini e per la fiducia che i cittadini ripongono nelle istituzioni. Il problema sicuramente c'è, deve essere affrontato e occorrerebbe trovare una soluzione.

Per quanto riguarda l'organo di controllo era una proposta, è un'idea che semplicemente contribuisce a fare in modo di risolvere il problema, quindi di prevenire i conflitti. Io tengo molto al punto della prevenzione dei giudizi e dei conflitti per evitare queste incertezze nell'applicazione del diritto che portano sfiducia nei cittadini. È un contributo in più che potrebbe aiutare l'istituzione di un organo garante terzo ed imparziale che valuti la tenuta delle leggi di fronte ad eventuali giudizi di incostituzionalità.

Per quanto riguarda le commissioni paritetiche, le norme di attuazione, sottolineo che dobbiamo avere presente che adesso le norme di attuazione hanno una valenza legislativa, hanno un carattere legislativo. Allora ci sono due principi, quello della flessibilità a cui accennavi tu, Renate, che deve essere tenuto presente, e quello della democrazia, trasparenza e partecipazione. Bisogna mettere sulla bilancia questi due principi e bisogna cercare di trovare una soluzione di fronte a norme di attuazione che non hanno più una funzione di attuazione semplice dello Statuto ma davvero di integrazione e legislazione.

Prendiamo il documento sull'Europa che mi dice che tutta la disciplina è rimessa alle norme di attuazione. Condivido il documento e lo approvo, però tutta la disciplina rimessa dalle norme di attuazione ha una valenza legislativa che deve comunque trovare un riscontro in un collegamento anche con il Consiglio provinciale.

TONIATTI Roberto: Io trovo la diagnosi fatta da Riccardo Dello Sbarba condivisibile se non forse per difetto per le cose che sto per dire. Trovo che la soluzione che lui prospetta non sia l'unica soluzione che si possa prospettare rispetto a quella diagnosi. Credo che se noi veramente vogliamo immaginare l'Alto Adige del futuro, dobbiamo pensare non a una semplice manutenzione di basso profilo dello Statuto vigente, ma dobbiamo immaginare qualcosa di più innovativo che dovrebbe assomigliare non all'autonomia speciale quale abbiamo conosciuto, non l'autonomia dinamica come abbiamo conosciuto ma un concetto di autonomia integrale che è da costruire e lavorare a questa proposta di revisione dello Statuto è anche uno dei modi per corrispondere l'apparato normativo statutario a una concezione di autonomia integrale.

Da questo punto di vista trovo che la tua diagnosi sia quasi al ribasso, perché ho la sensazione che gli spazi di ulteriore autonomia quali si stanno delineando in questa sede dovranno fare affidamento non su meno norme di attuazione ma su più norme di attuazione. E questo è stato detto ed è il senso del documento sull'Europa che è stato ricordato.

Dal punto di vista del metodo ha perfettamente ragione Laura, bisogna fare un bilanciamento tra i valori, questo è quello che normalmente si fa, non esiste una gerarchia dei valori costituzionali, bisogna scegliere di volta in volta quale valore può avere la prevalenza. Per semplificare il senso di quello che sto dicendo, dobbiamo mettere da una parte il valore dell'autonomia integrale, dall'altro il valore della democrazia integrale e dobbiamo chiederci quale dei due valori vogliamo privilegiare sapendo che privilegiando uno sacrificiamo l'altro ma sapendo anche che il sacrificio è una scelta fatta in nome di un criterio al quale ci sembra di dover dare la priorità, che può essere quello dell'efficacia del metodo patrizio. A me sembra che l'efficacia della funzionalità del metodo patrizio richieda di privilegiare il tema autonomia

integrale rispetto al tema democrazia integrale, anche perché bisogna ancora dimostrare che i risultati finora acquisiti non siano solamente positivi dal punto di vista dell'espansione dell'autonomia da speciale a dinamica ma che siano contrari al principio della democrazia. Bisognerebbe portare dei casi in cui le norme di attuazione sono state lesive dei valori della democrazia.

Dicevo che non esiste solamente questo modo. Possiamo anche pensare, per esempio, che si ipotizzi un intervento sulla composizione della commissione, quindi non solamente proiezione della maggioranza consiliare ma che vi sia anche una presenza della minoranza. Possiamo pensare che il Consiglio elabori dei criteri direttivi generali, possiamo pensare che, soprattutto in situazioni patologiche, il Consiglio possa provvedere alla revoca dei membri delle commissioni paritetiche.

Ancora, tu dici di intervenire almeno con un dibattito preventivo, non di approvare la norma di attuazione. Mi pare però che sia forse quasi più lesivo della dignità del Consiglio consentirgli di discutere senza poi dare una manifestazione di volontà, sicché quella discussione non abbia solamente una funzione conoscitiva ma anche direttiva.

Non pensiamo poi che possa intervenire il Parlamento e guardate che da questo punto di vista il vantaggio del non intervento del Parlamento nell'approvazione di una norma di attuazione è non piccolo, è enorme, perché probabilmente molte norme di attuazione non passerebbero. D'altra parte non dimentichiamoci che il bello delle norme di attuazione è che delimitano l'area rispetto alla quale la legge del Parlamento non è più efficace, perché la legge ordinaria non può modificare la disciplina che è stata introdotta attraverso una norma di attuazione.

Ancora. Qui so di essere un po' brutale, ma quando dico che bisogna fare una valutazione fra l'autonomia integrale e la democrazia integrale vi faccio un altro esempio. Non esiste da nessuna parte ma dall'interpretazione dello Statuto non può non risultare per esempio che le norme di attuazione siano sottratte agli istituti di democrazia diretta della provincia. Non sarebbe certamente pensabile un referendum abrogativo di una norma di attuazione. Questo è un classico caso in cui l'autonomia integrale prevale sulla democrazia integrale. Quindi le norme di attuazione sono anche un limite agli istituti di democrazia diretta. Credo che noi potremmo pensare a queste alternative che ho indicato prima e mi sembra che questo dibattito consiliare non sia l'unico modo per attenuare il sacrificio della democrazia integrale rispetto ai vantaggi dell'autonomia integrale.

BIZZO Roberto: Dichiaro subito un certo imbarazzo nel dover discutere, essendo componente della commissione paritetica, anche se poi proprio paritetica questo giro non è.

Le commissioni paritetiche avevano il compito di attuare lo Statuto, su questo credo siamo tutti d'accordo, e fin tanto che il compito era quello di attuare lo Statuto, cioè uno strumento che era passato attraverso il vaglio sia dei Parlamenti, che dei Consigli che dei Governi, il compito era abbastanza delineato da non avere bisogno di ulteriori passaggi se non quelli che l'educazione istituzionale vuole nei rapporti tra i componenti delle commissioni e i colleghi dei Consigli a cui ci si riferisce. È chiaro che però, nella evoluzione dei rapporti tra le autonomie e il Governo, perché l'interlocutore rimane pur sempre il Governo, non il Parlamento, quindi nell'evoluzione verso un ruolo di tipo di tavolo pattizio, come diceva prima il prof. Toniatti, in cui si contratta l'evoluzione e le possibilità di ampliamento dello Statuto nei confronti del Governo, anche il ruolo delle commissioni paritetiche deve venire supportato dal ruolo del legislativo, in entrambi i sensi però, sia per quanto riguarda i Consigli, sia per quanto riguarda il Parlamento.

In questo senso sono assolutamente favorevole ad ampliare i rapporti tra le commissioni e il Consiglio. Un po' meno d'accordo per quanto riguarda l'aspetto di un voto vincolante da parte del Consiglio, perché questo potrebbe Mi pareva di aver capito che in un passaggio tu dicessi che una discussione senza poi un vincolo di un pronunciamento vincolante da parte ...

TONIATTI Roberto: *(interrompe)*

BIZZO Roberto: Io invece direi che il supporto, se non direttamente da parte del Consiglio ma per lo meno della Conferenza dei capigruppo, comunque un rapporto tra la commissione e il legislativo non vincolato da un voto ma nel momento in cui si ampliasse il potere delle commissioni da attuative dello Statuto a integrative, migliorative dello Statuto diventa proprio indispensabile.

DELLO SBARBA Riccardo: Sono molto interessato alla discussione, anche all'intervento che ha fatto il prof. Toniatti, aspetto che le proposte che tu hai fatto si concretizzino, vediamo un po'.

Voglio dire che non voglio la democrazia integrale, ma un minimo di democrazia sì. Democrazia integrale sarebbe, come si fa su tutte le leggi ma addirittura sulle norme costituzionali, si fa un referendum, questo nessuno lo vuole, ma un minimo di trasparenza sì, altrimenti l'alternativa è, adesso nel Partito Democratico è successo la scorsa settimana, nella Volkspartei è successo tante volte negli ultimi anni, Roberto Bizzo cosa ha fatto? Ha preso la norma di attuazione sulla toponomastica con tutti gli elenchi di nomi e li ha distribuiti alla direzione del Partito Democratico. Ma a me fa un po' rabbia che questo non succeda nel Consiglio provinciale, per cui le norme di attuazione per i consiglieri provinciali che non sono dei

partiti di maggioranza sono un segreto più che l'apparizione della madonna di Fatima! Questo è un problema, perché nella prassi questi documenti girano, ma girano nei partiti e ci discutono sopra i giornali, e visto che spesso i giornalisti non sono dei giuristi, magari scrivono delle stupidaggini. Un giornale l'altro giorno ha scritto, l'avrete letto, che adesso il criterio sarebbe la difficoltà di pronunciare i nomi, per cui Glockenkarkopf si dovrebbe scrivere anche in lingua italiana altrimenti come fa un italiano a pronunciare questo nome con tutte queste "k"? Ve lo dice uno che all'università è stato bocciato perché non riusciva a dire "Kulturkampf", perché volevo mettere un accento solo! Però ero piccolo e non vivevo ancora qui.

A volte il dibattito nella realtà viene completamente travisato e sono cose delicatissime, perché su questo poi si litiga anni magari per una stupidaggine che è stata scritta. Allora un passaggio di presentazione formale in Consiglio provinciale con un dibattito, almeno sarebbe un momento anche di esattezza, oltre che un minimo di democrazia di trasparenza. A me pare che la questione se passa in Consiglio provinciale dovrebbe passare, ripeto in Consiglio provinciale per un dibattito di informazione, di conoscenza e di acquisizione del parere dei consiglieri/e e poi la commissione è libera di fare quello che ritiene, a me pare che non ci sia il problema del fatto che se questo succede in Consiglio provinciale allora deve succedere anche a Roma in Parlamento, per due motivi, primo perché questa norma sta già nello Statuto della val d'Aosta e nello Statuto della Sardegna e a me non risulta che le norme di attuazione della val d'Aosta e della Sardegna siano mai passate dal Parlamento nazionale. E il motivo è che i membri della commissione dei sei di parte statale sono di nomina governativa, non sono di nomina parlamentare, mentre la nostra parte è di nomina parlamentare, nel senso del Consiglio ...

HAPPACHER Esther: *(unterbricht)*

DELLO SBARBA Riccardo: Hai ragione, è come se fossero nominati dalla Giunta, però c'è un piccolo Schönheitsfehler, che li nominiamo noi del legislativo. Glielo diciamo brutalmente, per dirla con Toniatti, e diciamo che questa è una specie di vertice tra due esecutivi, il legislativo non ha niente a che cercare, ma allora non deve neanche eleggere. È un po' brutale, siamo passati dalla democrazia integrale al minimo della democrazia allo zero della democrazia.

Ripeto, la rappresentanza statale è di nomina governativa, e difatti le norme di attuazione poi tornano nel Governo, che non solo si limita a dare un parere come potrebbe fare il Consiglio provinciale ma il governo le approva. Quindi da parte romana c'è un iter chiaro dove ci sono dei rappresentanti nella commissione e poi le norme tornano al Governo che le deve approvare, tanto è vero che è successo

spessissimo che sono saltate nei Ministeri. Bisogna vedere in che direzione volete andare, se in più democrazia o in meno democrazia. Questa è la strada per cui si va in meno democrazia. Può darsi che questo sia il trend, dall'America in poi ognuno può dire quello che gli pare, io tenterei più democrazia.

POLONIOLI Laura: Solo un'aggiunta alla considerazione che faceva il prof. Toniatti. Il passaggio in Consiglio provinciale con un parere che non è vincolante ritengo che non sia svilente ma semplicemente trasparente. Anche se non vincolante per me non è svilente, per me è solo trasparente.

BIZZO Roberto: Mi veniva in mente che anche se poco praticato c'è un precedente, cioè in seno al Consiglio provinciale c'è la cosiddetta commissione speciale che viene nominata all'insediamento del Consiglio che deve obbligatoriamente esprimere pareri su tutte le proposte di modifica dello Statuto. Ripeto quello che dicevo prima, che fin tanto che la commissione attua ciò che è già approvato dai parlamenti e dai consigli non ha bisogno di rapporto col Consiglio, ma nel momento in cui assume le vesti di ampliamento, modifica o integrazione dello Statuto allora in virtù di questo precedente, di come adesso stanno le cose, questo rapporto diventa indispensabile.

TONIATTI Roberto: Vorrei chiedere se questo inquadramento di partecipazione da parte del Consiglio riguarda anche l'intesa con la quale si può modificare l'assetto della finanza pubblica dello Statuto. Da questo punto di vista abbiamo addirittura una revisione dello Statuto, quindi norma di rango costituzionale che interviene attraverso l'intesa fra i due esecutivi. Se quello che diciamo per la norma di attuazione ...

(Interruzione)

TONIATTI Roberto: Dico solamente di stare attenti, perché l'autonomia speciale, dinamica, integrale ha il vantaggio di un rapporto bilaterale con lo Stato e con il Governo. Siamo attenti a non dover dipendere da rapporti multilaterali come quelli della Conferenza Stato-Regioni e così via, quindi è vero che il rapporto bilaterale si può configurare in diversi modi. A mio giudizio questo rapporto bilaterale dovrebbe essere disciplinato in base al criterio della maggiore efficienza, anche perché se il presidente Bizzo fa il discolo gli si revoca la fiducia non come presidente del Consiglio ma come membro della commissione bilaterale. Ci sono altri strumenti, su questo mi sembra che nessuno sia intervenuto. Torno a dire, le istruzioni, la revoca, un

voto di censura, qualsiasi cosa, ma non esiste solamente ... stiamo attenti a non rovesciare completamente il disequilibrio che c'è oggi.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wir machen jetzt Pause bis 20.00 Uhr. Ich bitte nachher unsere Juristinnen und Juristen um eine kurze Erläuterung zum "Europa-Papier". Danke!

PAUSE

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wir kommen zu Tagesordnungspunkt Nr. 3 "Internationale Beziehungen und Europäische Union". Da haben dankenswerterweise Dr. Esther Happacher, Dr. Renate von Guggenberg und Dr. Roberto Toniatti ein Dokument ausgearbeitet. Ich bitte jemand von den Dreien, das vorzustellen. Ich vermute Esther Happacher wird diese würdevolle Aufgabe übernehmen.

HAPPACHER Esther: Vielen Dank, Herr Präsident! Ich hoffe alle Mitglieder haben dieses Dokument rechtzeitig erhalten. Ich werde einige wenige zentrale Punkte vorstellen. Ich glaube, dann können wir über das Detail sprechen.

Ausgangspunkt ist, dass das Sonderstatut derzeit "ratione temporis" keine ausdrückliche Regelung hinsichtlich der internationalen, grenzüberschreitenden, transnationalen interregionalen Beziehungen zur Europäischen Union enthält. Deshalb sollte sich im Statut ein eigener Titel oder ein eigener Abschnitt mit dieser doch sehr wichtigen Thematik befassen. Insbesondere auch deshalb, weil 2001 auf Verfassungsebene anerkannt, also codifiziert wurde, was vorher in der Judikatur des Verfassungsgerichtshofs ganz deutlich war, dass die internationale und die europäische Dimension Bestandteil der autonomen Kompetenzen ist. Das ist also eine Dimension der autonomen Kompetenzen. Deshalb geht es darum, dass wir das auch auf der Ebene des Statuts ausdrücklich verankern. Insbesondere muss man dabei betonen, dass der Schutz der sprachlichen Minderheiten ein Grundsatz ist, der sowohl international als auch unionsrechtlich verankert ist. Auch das muss hier einfließen. Wir haben einen Verweis darauf getätigt, dass natürlich eine entsprechende Gesetzgebungskompetenz im Kompetenzkatalog vorzusehen ist. Das ist aber schon im Rahmen der Diskussion zu den Gesetzgebungskompetenzen besprochen worden.

Was haben wir nun an wesentlichen Punkten vorgeschlagen? Sie wissen vielleicht, wenn Sie sich noch an meine Ausführungen zur Einführung in die Thematik erinnern können, dass man unterscheiden

● ● ● ● ● ● ● ●

kann zwischen der Frage, wie nimmt die Autonome Provinz Bozen, wie nimmt Südtirol an der Entstehung von Unionsrecht und von Völkerrecht teil - also die sogenannte aufsteigende Phase - und die absteigende Phase oder die Umsetzung, Anwendung, Durchführung von Völkerrecht und Unionsrecht. Wir schlagen vor, dass an der aufsteigenden Phase, an der Entstehung von Völker- und Unionsrecht teilgenommen werden kann, und zwar in den Sachbereichen der Zuständigkeit der autonomen Provinz Bozen, wobei es hier im Bereich des Völkerrechts ein Mehr gegenüber der Regelung im Artikel 117 Absatz 5 ist, denn dort wird nur verankert, dass die autonome Provinz Bozen an der Entstehung von Handlungen der Europäischen Union teilnehmen kann. Wir würden hier auch vorsehen und es würde Sinn machen, dass auch an der Entstehung von Völkerrecht eine Beteiligung vorzusehen ist. Völkerrechtliche Verträge - das Völkerrecht selber ist ja auch eine Schranke der Gesetzgebung- und Verwaltungsautonomie - haben Auswirkungen auf die Autonomie. Es ist insofern sinnvoll vorzusehen, dass hier eine Beteiligung stattfinden kann. Wir haben auch einige Punkte herausgegriffen, die uns wichtig erscheinen, dass sie in Durchführungsbestimmungen zum Statut geregelt werden. Ich weise darauf hin, es sind hier alles nur Verfahrensbestimmungen und keine allgemeine und generelle Regelungen, die den Einzelnen verpflichten bzw. Rechte für den Einzelnen enthalten. Wir haben zum Beispiel vorgesehen, dass eine Vertretung des Landes im Rahmen des Ausschusses der Regionen garantiert ist, auch das ist derzeit auf gesamtstaatlicher Ebene nicht der Fall. Diesen Ansatz haben wir bei diesen beispielhaft aufgezählten Regelungen verfolgt. Wir wollen, wenn wir Regeln haben, ein Plus bzw. ein Mehr haben gegenüber der derzeitigen Gesetzeslage. Ein Mehr ist auch das, zu regeln, wie das Land bei Institutionen in der Europäischen Union vertreten sein kann, dass die Regierung vorab informieren muss, auch wenn und zwar insbesondere dann wenn das Land ganz klar auffordert, Informationen zu haben oder dass die Regierung verpflichtet ist, eine Klage vor dem Gerichtshof der EU zu erheben, wenn es das Land verlangt. Das ist derzeit auch nicht der Fall. Hier braucht es den Beschluss aller Regionen.

Wir haben weiters als wichtig erachtet, dass ganz klar verankert wird, dass im Rahmen des Rechts der Europäischen Union und des Völkerrechts Tätigkeiten der grenzüberschreitenden transnationalen internationalen Zusammenarbeit verwirklicht werden können, also nicht nur die internationalen völkerrechtlichen Tätigkeiten, sondern auch eine Betonung auf die grenzüberschreitende transnationale interregionale Zusammenarbeit, ein Beispiel dafür wäre der EVTZ. Es ist eine Verwirklichung von unionsrechtlichen Normen, die in diesem Rahmen grenzüberschreitende interregionale transnationale Zusammenarbeit setzen kann.

Dann haben wir auch Abkommen und Übereinkünfte mit Gebietskörperschaften anderer Staaten vorgesehen. Wie Sie sehen, haben wir immer wieder das "insbesondere" eingefügt, das heißt man kann durchaus noch mehr vorsehen. Das System der Durchführungsbestimmung ist in diesem Falle auch deshalb von Wichtigkeit, weil wir bereits jetzt im Autonomiekorpus Durchführungsbestimmungen haben, die sich mit Aspekten wie die Umsetzung der Anwendung des Unionsrechts befassen und Bestimmungen vorsehen, z.B. auch hinsichtlich der Ersatzgewalt. Die neuen Durchführungsbestimmungen, die weiterführende Regelungen enthalten, müssen auch dieses System mit einschließen, das gegenüber den Regelungen, die für andere Regionen gelten, ein Plus darstellt.

Wir haben auch noch einen kurzen Hinweis zur Präambel gemacht.

Ein letzter Punkt, den wir auch zu beachten hatten, ist die Tatsache, dass es einige Bestimmungen im Sonderstatut gibt, die einer leichten Korrektur im Hinblick auf Verpflichtung aus dem Recht der Europäischen Union bedürfen. Die sind hier aufgelistet. Wir haben ein Problem mit dem Begriff "Bürger". Bürger heißt eigentlich Staatsbürger. Vielleicht weiß jeder aus dem Unionsrecht, dass Staatsbürger, Unionsbürger ... Es gibt das Diskriminierungsverbot, das Gebot der Gleichbehandlung zwischen Staatsbürgern und Unionsbürgern in sehr vielen Bereichen. Deshalb sollte man hier das Wort "Bürger" durch eine Ergänzung klarstellen, dass auch jene Personen unter diesen Begriff fallen, die vom Unionsrecht den Staatsbürgern gleichgestellt sind. Das ist eine Formulierung, die wir auch in anderen Rechtsordnungen finden.

Das waren im Kurzen die wesentlichen Punkte des Dokuments.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke für die Darlegungen und danke den Dreien für die geleistete Arbeit. Wir bedanken uns jetzt schon im Voraus, was noch alles kommen wird. Höchstwahrscheinlich wird das nicht wenig sein.

DURNWALDER Luis: Zunächst muss jeder und jede zugeben, dass dieses Dokument nur zu befürworten ist, weil es im Grunde genommen sehr sachlich, klar und verständlich zusammengefasst ist und den Kern wirklich wiedergibt. Ich möchte nur auf zwei Punkte hinweisen, wobei ich überzeugt bin, dass Sie in der vorgelegten Form das aussagen, was ich befürchte bzw. was eventuell schon berücksichtigt ist. Auf der letzten Seite steht: *"Die Präambel des Sonderstatutes soll einen Hinweis auf den europäischen und internationalen Rahmen zur Garantie der Sonderautonomie enthalten."* Man muss insgesamt zum Ausdruck bringen, dass wir nicht nur eine Sonderautonomie sind wie die anderen Regionen mit Sonderstatut, sondern man sollte bei jeder Gelegenheit sagen, dass wir eine international abgesicherte Sonderautonomie haben.

Wir möchten ja letzten Endes eine eigene Verhandlungsrunde führen können, das heißt, dass wir nicht in die Sonderautonomie hineingeworfen werden, sondern dass man sagt, wir haben eine ganz spezielle Autonomie. Die anderen sind nur aufgrund der italienischen Verfassung abgesichert, unsere hingegen ist aufgrund der internationalen Verträge abgesichert. Hier sollte man auf den europäischen und internationalen Rahmen zur Garantie der international abgesicherten Sonderautonomie hinweisen. Dass man auch auf das hinweist, dass das nicht nur eine Sonderautonomie ist wie es die anderen Regionen in Italien haben. Es kann schon sein, ich weiß es nicht, ich sage nur "ad abundantiam", wenn man das irgendwie hineinnehmen könnte.

Dann der letzte Absatz: *"Insbesondere muss die Beachtung des Prinzips der Nichtdiskriminierung und der Gleichheit der Bürger der Europäischen Union gesichert werden."* Es ist so, dass zum Schutz der Minderheiten im Sonderautonomiestatut bereits einige Maßnahmen enthalten sind, die letzten Endes die EU-Bürger nicht alle gleich behandelt. Die Zweisprachigkeit, der Proporz, Ansässigkeit bei Wohnbau, usw. Sollte man nicht einen Passus einfügen: Soweit nicht in diesem Sonderautonomiestatut geregelt"? Ich weiß nicht, ob es notwendig ist oder nicht, aber eine Gleichheit direkt? Es ist eine Ausnahme. Zum Schutz der Minderheit ist hier eine Ausnahme. Also kann ich nicht sagen, ein Deutscher, ein Franzose, ein Pole, der hierherkommt, hat von vorneherein das gleiche Recht. Der muss ja zweisprachig sein, beim Wohnbau, bei Besetzung von Stellen, usw., es kann ja sein, dass es genügt. Ich möchte nur sagen, es schadet nicht, wenn man hier den Passus "mit Ausnahme der im Sonderstatut zum Schutz der Minderheiten vorgesehenen Schutzklausel" einfügt.

DELLO SBARBA Riccardo: Anch'io trovo il documento buono, vi ringrazio per aver fatto questo lavoro, ho un problema delle singole parti, e sarebbe un suggerimento. C'è un uno in lettere romane, un due in fondo e altri numeri, chiedo un po' più di ordine per capire esattamente quali sono le parti deliberative e quali sono le motivazioni, perché di solito io sono abituato anche nelle relazioni accompagnatorie alle leggi o alle mozioni, quello che conta è la parte decisionale oppure la legge e non la relazione, per cui nel momento della redazione finale focalizzare quali sono le parti su cui si decide.

Quello che diceva Luis Durnwalder va discusso. Qui avete fatto un accenno al preambolo. Io sono d'accordo che l'ancoraggio internazionale deve essere dentro il preambolo, è chiaro, ma non credo che questa parte esaurisca il preambolo. È un contributo al preambolo.

Invece su tutta la questione dell'ultima pagina col numero romano II, l'ho capita così, forse era meglio esplicitarla. Io ho capito che ci sono alcune parti dello Statuto, ne sono convinto anch'io, che sono già

disattivate dalle norme dell'Unione Europea. Per esempio la parte che dice: "I cittadini residenti in provincia di Bolzano hanno diritto alla precedenza nel collocamento al lavoro nel territorio della provincia stessa" ecc. questo non vale più. Vi chiedo la conferma, non a caso precedenza al collocamento al lavoro, sportelli bancari (art. 11) e poi sui cittadini, il problema è che i cittadini dell'Unione Europea sono "Gleichgestellt" per esempio per la circolazione della forza lavoro. Qui ci sarà il problema di ripulire lo Statuto da norme che già oggi non sono più applicabili. Forse sarebbe meglio esplicitare a quali passi ci si riferisce, nel complesso però mi sembra un buon documento.

POLONIOLI Laura: Anch'io condivido il documento, anzi vi ringrazio, lo trovo molto buono. Ho solo una nota riferita al preambolo, però del preambolo ne riparlamo nel senso che con riguardo all'integrazione europea e quindi con riguardo all'Europa mi piacerebbe che si citassero anche i principi che derivano dall'integrazione europea, quindi pace, principio di sussidiarietà, collaborazione. Con riguardo all'Europa mi piacerebbe che il preambolo oltre che il riferimento all'ancoraggio internazionale e alla partecipazione al processo, avesse proprio un richiamo a quelli che sono i valori, i principi che derivano dall'integrazione europea.

VON ACH Florian: Ja, mir gefällt das Dokument auch sehr gut. Ich finde alle wesentlichen Punkte abgedeckt. Besonders gefällt mir das mit den Abkommen und Übereinkünften mit Gebietskörperschaften anderer Staaten, dass das auch Berücksichtigung gefunden hat. In der Präambel fehlt mir ein Hinweis - und das als Anregung - auf die geistig-kulturelle Tiroler Landeseinheit. Das ist für mich ein klassischer Fall für dieses Europathema, es ist grenzüberschreitend, volksgruppenüberschreitend und es könnte als Anregung an die "Consulta" in Trient weitergegeben werden, ob dort eine Diskussion in diese Richtung vorangetrieben wird. Das ist, denke ich, doch etwas, was uns alle drei Tiroler Landesteile eint und das sollte gerade in diesem Zusammenhang doch explizit erwähnt werden.

HAPPACHER Esther: Ich beginne bei der Struktur, die von Riccardo aufgegriffen wurde. Wir haben römisch eins und römisch zwei deshalb gewählt, weil der erste Teil jene Thematiken betrifft, die neu aufgenommen werden. Wir brauchen ein Kapitel für diese Bereiche, wir haben nämlich keine Regelungen im Sonderstatut. Das ist der erste Teil. Also die Ergänzung durch ein Kapitel, wo das ausdrücklich Niederschlag findet. Der zweite Teil, römisch zwei, ist, wo wir sagen, wir haben den aktuellen Text des Statutes vor uns und hier muss eine Anpassung erfolgen. Ich kann gleich dazu Stellung nehmen, dass eine Reihe von

Bestimmungen sozusagen nicht mehr Anwendung finden aufgrund der Vorgaben des Unionsrechts. Das ist korrekt. Alles andere wäre unionsrechtswidrig. Allerdings ist in dem Augenblick, in dem eine Rechtsquelle, die unionsrechtswidrige Bestimmungen enthält, immer noch die zwar nicht mehr Anwendung finden und infolge dessen dem Vorgang des Unionsrechts entsprechen, in dem Augenblick, in dem eine Anpassung oder eine Änderung dieser Rechtsquelle vorgenommen wird, trifft die Rechtsbereinigungspflicht zu. Das heißt, es muss hier eine Bereinigung des Mitgliedsstaatlichen Rechts stattfinden, die den unionsrechtlichen Verpflichtungen entspricht. Deshalb müssen wir, wenn das Autonomiestatut geändert wird, auch diese Bestimmungen anpassen, selbst wenn sie in Unionsrechts konformer Weise jetzt eben nicht mehr Anwendung finden. Das ist der Hindergrund, warum wir auch gesagt haben, wir müssen das Statut daraufhin untersuchen, welche Bestimmungen unionsrechtsproblematisch sind, sagen wir so, und wenn wir das Statut ändern, müssen wir das eben auch bereinigen.

Zu den Ausführungen des Altlandeshauptmannes Durnwalder, dass die besonderen Maßnahmen für die Mitgliedsstaaten für die Minderheiten betont werden müssen. Wir haben jetzt schon eine Reihe von Judikanten des Gerichtshofs der Europäischen Union, in denen ausdrücklich festgestellt wird, dass Maßnahmen aus Minderheitenschutzgründen gerechtfertigt sein können und zwar Maßnahmen, die abweichende Regelungen enthalten, nur müssen die verhältnismäßig sein und deshalb hat der Gerichtshof der Europäischen Union mehrfach befunden, dass man solche Minderheitenschutzbestimmungen in ihrem Anwendungsbereich ausdehnen muss. Wir haben schon auf Ebene der Durchführungsbestimmungen eine ganze Reihe von Anpassungen gemacht, ich denke gerade an die Zwei- und Dreisprachigkeit, dass wir von einer einzigen Prüfung bzw. von einer einzigen Art weggegangen sind, mit der die Sprachkenntnisse, die verlangt werden können. Das ist unionsrechtskonform. Es gibt nicht nur eine einzige Art, mit der man die Sprachkenntnisse nachweisen kann, sondern mehrere Varianten.

DURNWALDER Luis: *(unterbricht)*

HAPPACHER Esther: Weil ich die nicht pauschal ausnehmen kann, sondern ich kann sie treffen, aber ich muss sie unionsrechtskonform ausgestalten.

DURNWALDER Luis: *(unterbricht)*

HAPPACHER Esther: Nein. Ich habe solche Bestimmungen. Ich kann einführen, dass ich Sprachkenntnisse verlange oder dass ich den Zugang zum öffentlichen Dienst in eine bestimmte Art und Weise zum Minderheitenschutz ausgestalte. Ich kann es nur nicht auf meine eigenen Staatsbürger einschränken, deshalb die Formulierung in jenen Bereichen, wo das Unionsrecht so etwas vorsieht. Man muss Unionsbürger und gleichgestellte Personen gleich behandeln und darf sie nicht diskriminieren aufgrund der Staatsbürgerschaft. Das ist der Hintergrund. Es gibt also Judikatur wie Minderheitenschutz als Abweichung rechtfertigt. Ich muss dann im Einzelfall die Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit zum Minderheitenschutz argumentieren.

DURNWALDER Luis: Man kann das ja hineinschreiben "mit Ausnahme der genehmigten oder zulässigen oder zum Schutz der Minderheiten". Wenn ich ausdrücklich hineinschreibe "Gleichheit aller EU-Bürger", dann setze ich das, was vorher da gewesen ist, außer Kraft.

HAPPACHER Esther: Ich setze das System ja nicht außer Kraft. Ich habe das System ja nach wie vor.

DURNWALDER Luis: Wir verstehen uns nicht ganz.

HAPPACHER Esther: Ja, ich glaube auch. Also vom Unionsrecht her ist das die Formulierung, die es erlaubt, weiterhin unsere eigenen speziellen Minderschutzregelungen zu behalten unter der Voraussetzung, dass man sie öffnet. Das ist jetzt die unionsrechtliche Sicht. Die ist im zweiten Teil enthalten. Es war ja auch die Aufgabe zu sagen: Achtung, man müsste das anpassen.

Was die Präambel betrifft, haben wir hier nichts zu präambeln, sondern wirklich nur den Hinweis darauf getätigt, dass, wenn eine Präambel formuliert werden wird, man darin auf diese Grundlagen hinweisen muss. Dann wird in der Präambel das so ausformuliert werden, wie Sie es erwähnt haben. Wir haben hier also nicht mehr gemacht. Wir haben nur einen Hinweis gegeben, dass das die Präambel auf jeden Fall enthalten soll. Es ist nicht Teil des eigenen Kapitels zu dieser Thematik. Es ist auch nicht Teil der Frage: Wo muss ich eine Anpassung an das Unionsrecht vornehmen? Es ist eine Frage der Präambel. In der Präambel ist das zu formulieren. Dann entsteht die Frage, ob ausdrücklich Werte verankert werden. Das kommt auch da hinein. Mehr wollten wir in diesem Kontext nicht sagen, weil es uns nicht erschien, in unser Mandat zu fallen, sondern das ist dann etwas, was im Rahmen der Präambel zu formulieren ist.

TONIATTI Roberto: Due precisazioni vorrei fare. La prima è che, come ha ricordato Esther Happacher, nell'attuale testo dello Statuto manca qualsiasi riferimento all'Unione Europea, se non altro per motivi storici. Questo è uno dei classici casi in cui l'esercizio di competenza da parte della Provincia autonoma dipende dall'art. 10 della riforma del 2001, cioè dalla clausola di favore per la maggiore autonomia che è stata riconosciuta alle regioni ordinarie.

A stretto rigore, dal punto di vista tecnico, dico subito che qualcuno potrebbe obiettare al fatto che nello Statuto si ripetono delle norme che già esistono nella Costituzione, il problema della "novazione delle fonti", però noi abbiamo preferito mettere queste disposizioni perché questo ci mette al riparo da possibili revisioni della costituzione della Repubblica. Non vi nascondo che ero rimasto un po' sorpreso che il progetto Renzi-Boschi avesse lasciato inalterata questa parte, molto generosamente mi verrebbe da dire, ma non si può mai sapere per il futuro. Quindi dal punto di vista tecnico teniamo presente che incorporare queste norme è un'ulteriore garanzia, quindi varrebbe la pena insistere in questo senso.

Per quanto riguarda il problema sollevato dal presidente Durnwalder, è molto difficile poter introdurre delle deroghe in nome della tutela delle minoranze linguistiche anche se, come sapete, il trattato sull'Unione Europea già oggi ha previsto i diritti degli appartenenti alle minoranze linguistiche. So che suonerà provocatoria la cosa che sto per dire, ma la dico lo stesso, paradossalmente forse esistono dei margini di flessibilità qualora si potesse sostenere che la tutela delle minoranze linguistiche fa parte dell'identità costituzionale italiana, cosa che non è talmente campata per aria. Dico questo perché l'art. 4 del trattato sull'Unione Europea parla di obbligo di rispetto da parte dell'Unione Europea dell'identità nazionale degli stati membri inserita nella sua organizzazione anche degli enti regionali e locali. Poche volte si è applicata questa disposizione. Si è applicata in un caso riferito all'Austria, perché l'Austria si opponeva a consentire a una cittadina di utilizzare il prefisso von Weggenstein, era, se ricordo bene, una cittadina austriaca che per motivi di matrimonio in Germania aveva acquisito questo titolo nobiliare, lei lavorava nelle pubbliche relazioni e volendo essere attiva professionalmente anche in Austria trovava utile chiamarsi von Weggenstein, perché nelle pubbliche relazioni suona bene. L'Austria si è opposta a questo che è in contrasto alla libera circolazione delle persone, perché si è sostenuto che il "von" è in contrasto con la scelta idealitaria e antiaristocratica fatta dalla Repubblica austriaca nel 1920. La Corte di giustizia ha dato ragione all'Austria, quindi la signora von Weggenstein se vuole operare in Austria deve abbandonare il von.

DURNWALDER Luis: ... se non obbediscono devono pagare all'anno 20 centesimi come sanzione.

TONIATTI Roberto: Forse varrebbe la pena!

Dico questo, che ci possono essere dei margini di flessibilità laddove si dimostra che questo è essenziale per la tutela dell'identità nazionale che tutti interpretano come identità costituzionale dell'Italia.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke für die Ausführungen. Sind noch Wortmeldungen dazu? Also gehe ich davon aus, dass dieses Dokument den Konsens findet und dass es in das Enddokument mit einfließt.

Wolfgang Niederhofer, bitte.

NIEDERHOFER Wolfgang: Gäbe es vielleicht eine Möglichkeit, dass man den Vorschlag des Altlandeshauptmannes, nämlich eine sogenannte regionale Bürgerschaft wie auf den Åland-Inseln, was eine schwedische Minderheit in Finnland ist, aufgreift? Da gibt es ja die Institution der regionalen Bürgerschaft, denn einige Rechte sind auf die Ansässigkeit gekoppelt. Die müssen das auch irgendwie mit der EU vereinbaren. Ich glaube beispielsweise, dass auf den Åland-Inseln eine Voraussetzung für den Wert von Immobilien ist.

HAPPACHER Esther: Die haben eine Ausnahmebestimmung im Unionsrecht. Wir haben keine Ausnahmebestimmung im Unionsrecht. Die abweichenden Regelungen, die Grundfreiheiten betreffen, brauchen im Unionsrecht eine Ausnahmebestimmung, dass sie Anwendung finden können, weil sie sonst gegen die Grundfreiheit verstoßen. Es war damals beim EU-Beitritt Österreichs eine Diskussion, ob man mit einer Ausnahmebestimmung im Beitrittsvertrag das absichern kann. Das ist aber nicht geschehen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke auch für diese Erläuterung. Damit schließen wir diesen Punkt ab. Ich stelle fest, dass zu diesem Papier Konsens herrscht und dafür bedanke ich mich auch sehr. Es ist ein großer wichtiger Schritt. Damit schließen wir den heutigen Abend ab. Ich möchte noch ankündigen, dass wir das nächste Mal das Thema Minderheitenschutz im Plenum behandeln. Ich bitte Sie, dass Sie sich entsprechend zu diesem Thema vorbereiten.

DEJACO Patrick: Ich wollte noch fragen, ob wir nicht über das Papier von Roberto Toniatti diskutieren sollten. Es fehlen 20 Minuten. War das heute eingeplant?

**Es haben gesprochen:
Sono intervenuti:**

ANDREIS Janah Maria (9)
BIZZO Roberto (21, 22, 24)
CORRARATI Claudio (10)
DEJACO Patrick (34)
DELLO SBARBA Riccardo (3, 4, 9, 11, 12, 22, 23, 28)
DURNWALDER Luis (10, 16, 27, 30, 31, 33)
ECCLI Walter (6)
HAPPACHER Esther (23, 25, 30, 31, 33)
NIEDERHOFER Wolfgang (5, 18, 33)
POLONIOLI Laura (11, 14, 19, 24, 29)
SASSI Olfa (7)
SENESI Laura (6)
TONIATTI Roberto (8, 20, 22, 24, 32, 33, 34)
TSCHENETT Tony (2, 9)
TSCHURTSCHENTHALER Christian (1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 18, 25, 27, 33, 34, 35)
VON ACH Florian (1, 7, 13, 29)
VON GUGGENBERG Renate (18)
WIDMANN Andreas (8)